

Redeentwurf zur
Einbringung Resolution Antisemitismus
für Andreas Schwarz
6. Plenarsitzung
am Mittwoch, 09. Juni 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 1 neu, 9.00 Uhr

Rededauer: 6,5 Minuten

Redereihenfolge:

GRÜNE, CDU, SPD, FDP, Afd

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am vergangenen Samstagmorgen wurde an der Fassade der Synagoge in Ulm eine Flüssigkeit ausgeleert und angezündet.

Es wurde versucht, die Synagoge in Ulm in Brand zu stecken.

Dazu möchte ich direkt und ohne Umschweife sagen:

Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste.

Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus.

Wir treten Antisemitismus entschieden entgegen – egal aus welcher Ecke er kommt, egal wo und wie er sich äußert.

Und wir stellen uns an die Seite der Jüdinnen und Juden in Ulm und im ganzen Land!

Zivilcourage der Bürgerschaft und das schnelle Handeln der Feuerwehr und Polizei haben in Ulm Schlimmeres verhindert.

Wir wissen noch nicht, wer der Täter oder die Täterin ist.

Ganz gleich, welches die Motive waren – diese Tat ist verabscheuungswürdig.

Sie ist ein Baustein eines wieder aufflackernden Antisemitismus.

Marina Weisband bringt es in ihrer Rede zum Holocaustgedenktag 2021 auf den Punkt: Antisemitismus beginnt nicht mit Schüssen auf Synagogen. Er beginnt mit Verschwörungserzählungen. Er beginnt mit Tiraden über eine angebliche jüdische Opferrolle.

Antisemitismus dulden wir nicht.

Ganz gleich, ob er in sozialen Medien, auf Schulhöfen, auf der Straße stattfindet.

Und ich sage es ganz deutlich: Dazu gehört auch der Antisemitismus, der sich unter dem Deckmantel angeblicher Israelkritik versteckt.

Antisemitismus jeder Form hat in unserem Land nichts verloren!

Denn wir wollen, dass in Baden-Württemberg jeder Mensch frei und in Würde leben kann.

Dies setzt Sicherheit voraus.

Es ist mein Anspruch,
es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in Baden-Württemberg
sicher, frei und in Würde leben können.

Und zwar unabhängig von der Herkunft oder der Religionszugehörigkeit!

Jüdisches Leben ist ein Teil von Baden-Württemberg.

Das sollte heute selbstverständlich sein, ist es aber leider nicht.

1938 brannten in Baden, in Württemberg und in Hohenzollern Synagogen.

Jüdinnen und Juden wurden systematisch vertrieben und ermordet.

Und ja: Viele unserer Vorfahren schauten dabei zu - und machten mit.

Daraus erwächst unsere besondere Verantwortung für das jüdische Leben, für die Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg.

Denn dass wir heute wieder blühende jüdische Gemeinden in Baden-Württemberg haben, ist ein Geschenk und ein Auftrag für uns alle.

Deswegen gehen wir engagiert, entschlossen und entschieden gegen jede Form von Antisemitismus vor.

Und deswegen haben wir in der vergangenen Legislaturperiode einen Beauftragten gegen Antisemitismus berufen.

Wir setzen die Handlungsempfehlungen des Beauftragten konsequent um:

- So hat die Landesregierung erst vor wenigen Monaten (28.01.2021) einen Vertrag mit den israelitischen Religionsgemeinschaften zum Schutz jüdischer Einrichtungen und zur gemeinsamen Abwehr von Antisemitismus unterzeichnet.
- Und mit dem Doppelhaushalt 2020/21 haben wir zum Schutz der Synagogen drei Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.
- Wir stärken die Schulpartnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Israel, ebenso die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung.
- Im Auftrag des Landesbeauftragten wurde im vergangenen Jahr eine wissenschaftliche Auswertung zu antisemitischen Einstellungen in unserem Land erstellt.
- Und wir fördern zudem zahlreiche Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Diesen Weg gehen wir weiter.

Morgen wird die Kultusministerkonferenz tagen und eine gemeinsame Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in Schulen beschließen.

Das ist ein entscheidender Beitrag zur Prävention.

Für meine Fraktion ist darüber hinaus vollkommen klar: Gegen antisemitische Straftaten muss mit allen rechtlichen Mitteln vorgegangen werden. Auch deswegen haben wir 2019 erfolgreich eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, Antisemitismus ausdrücklich bei der Strafzumessung zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren,

der baden-württembergische Landtag steht an der Seite der Jüdinnen und Juden.

Jüdisches Leben gehört zu Baden-Württemberg.

Jüdinnen und Juden sollen sich hier sicher fühlen, sollen hier frei und in Würde leben können.

Für Hass und Hetze, Rassismus und Antisemitismus – dafür ist in Baden-Württemberg kein Platz.

Unsere Maßnahmen gegen den Antisemitismus verstärken wir weiter

Dafür setzen wir mit der gemeinsamen Resolution der demokratischen Fraktionen ein klares Zeichen.

Und dafür danke ich Ihnen allen!